

Köln-Nippes entsetzt: Kalle soll weg

MIETEN Hunderte Unterstützer verhindern vorerst eine Zwangsäumung. Nächster Termin in Kürze

KÖLN taz | Symbolische Barrikaden, die wie Umzugskrempel aussehen, versperren die Zufahrt zur Fontanestraße in Köln-Nippes. Seit sieben Uhr haben sich vor und in dem Haus Nr. 5 rund 300 Leute versammelt. An den Häusern hängen Transparente. „Unser Nachbar Kalle bleibt“, steht auf einem, „Keine Zwangsäumung“, auf einem anderen. Um kurz vor acht greift Claus Ludwig von der Initiative „Recht auf Stadt“ zum Megafon. „Setzt euch hin, rückt zusammen. Gleich kommt der Gerichtsvollzieher, lasst ihn nicht durch.“

Wenige hundert Meter entfernt warten dutzende Polizisten. Aber der Gerichtsvollzieher versucht gar nicht erst, zu Karl-Heinz „Kalle“ Gerigk im Dachgeschoss vorzudringen und ihm den Zwangsäumungsbescheid für seine Wohnung zuzustellen. Der 54-Jährige darf erst einmal bleiben.

Die Blockade organisiert hat das Bündnis „Alle für Kalle“. Kalle Gerigk ist zur Symbolfigur für den Widerstand gegen Gentrifizierung geworden. Er lebt seit 32 Jahren in seiner Wohnung. Sein Vermieter, ein Immobilienmakler, hat Eigenbedarf geltend gemacht. Der städtische Angestellte und seine Unterstützer sind davon überzeugt, dass der Kündigungsgrund vorgeschoben

ben ist. Denn im Internet wird die Wohnung – saniert – zum Verkauf angeboten. In Gerigks Nachbarhaus wurde dem Mieter der dortigen Dachgeschosswohnung ebenfalls wegen Eigenbedarf gekündigt. Doch der Vermieter zog nicht selbst ein, sondern verkaufte sie luxussaniert.

Gerigk zog vergebens vor Gericht. Der Rechtsweg ist ausgeschöpft. „Diese Form der Vertreibung ist kein Einzelfall“, sagt Peter Berendt von der Kölner Initiative „Wohnraum für alle“. Nach einer Sanierung steigen die Kaltmieten oft auf über 13,50 Euro pro Quadratmeter. „Wir wollen dafür sorgen, dass dieser Prozess zum Erliegen kommt“, sagt er. „Deshalb gilt auch: Kalle für alle.“ Das sehen auch Gerigks Nachbarn so, zum Beispiel die beiden älteren Zeitungszustellerinnen. Seit 30 Jahren wohnen sie in ihren gerade noch bezahlbaren Wohnungen – 320 Euro warm für 27 Quadratmeter. „Was Kalle passiert, kann uns genauso passieren“, sagt eine von ihnen.

Gegen halb zwölf ist klar, dass die Zwangsäumung vertagt wird. „Der Gerichtsvollzieher hat Rücksprache mit dem Gläubiger genommen und für heute auf die Aäumung verzichtet“, sagt Amtsgerichtssprecher Marcus Strunk. Der nächste Aäumungsversuch findet frühestens in zwei Wochen statt. **ANJA KRÜGER**

Vertragslaufzeit beachten

BUNDESSOZIALGERICHT Verwertung von Lebensversicherung bei Hartz IV weiter offen

KASSEL dpa/taz | Die Anrechnung bestimmter Lebensversicherungen als Vermögen bei Hartz-IV-Empfängern ist weiterhin ungeklärt. Das Bundessozialgericht in Kassel verwies am Donnerstag einen entsprechenden Streit an das Landessozialgericht Schleswig-Holstein (LSG) zurück. Im konkreten Fall hatte das zuständige Jobcenter einer Frau aus Nordfriesland Hartz IV nicht bewilligt, weil sie eine Le-

bensversicherung im Rückkaufwert von 6.500 Euro hatte. Das LSG entschied, dass der Verlust von 16,7 Prozent bei der Auflösung der Versicherung zumutbar sei. Der Entscheidung des LSG folgte das BSG nicht: Statt nur auf den Rückkaufwert zu achten, müssten auch die Laufzeit des Vertrages oder die Kündigungsfrist berücksichtigt werden. Das LSG muss den Fall nun neu verhandeln.

Vereint gegen „Afrophobie“

AFROLOBBY Schwarze Initiativen aus ganz Europa haben sich kürzlich in Berlin getroffen. Ihr Ziel: eine stärkere Vernetzung, um mehr Gehör bei Politik und Medien zu finden



Wachsender Protest: „Gedenkmarsch für die Opfer der Sklaverei“ 2013 in Berlin Foto: Björn Kietzmann

VON KATJA MUSAFIRI

BERLIN taz | Ein ständiges Ärgernis sind die unvermittelten Polizeikontrollen. In Schweden etwa arbeitet die Polizei seit 2011 eng mit den Strafvollzugs- und Ausländerbehörden zusammen, um illegale Einwanderer besser aufspüren zu können, berichtet die Politologin Rudy Mengesha. Zu ihrer Strategie gehörten Ausweiskontrollen aufgrund äußerer Merkmale. Davon betroffen sind jedoch größtenteils Menschen, die ganz legal im Land leben. Europaweit wächst die Kritik an dieser Praxis des sogenannten „Racial Profiling“.

Um diesen Protest zu koordinieren, trafen sich schwarze Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa jüngst in Berlin. Ziel des viertägigen Treffens war es,

einen Forderungskatalog an die Parteien und „Wahlprüfsteine“ zur bevorstehenden Europawahl zu erarbeiten. Zudem diente es dem Austausch, der Vernetzung und der gegenseitigen Stärkung. Es war das erste Treffen dieser Art – und ein Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins schwarzer Initiativen in Europa.

Eingeladen hatte die „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD), zusammen mit dem „European Network against Racism“ (Enar). Zum Abschluss luden die Macher zum Pressebrunch, wo sie Auskunft über die Ergebnisse der Konferenz gaben. Dort hatten verschiedene Arbeitsgruppen zu den Themen „Recht“, „Bildung“, „Arbeit“ und „Asyl“ getagt.

Ein verbindendes Thema war die Diskriminierung im Alltag.

„Anders als Roma oder Juden sind wir keine anerkannte Gruppe“

JAMIE SCHEARER, ISD

„Über strukturellen Rassismus wird innerhalb der Politik so gut wie gar nicht gesprochen“, kritisierte die Politologin Jamie Schearer von der ISD. „Anders als Sinti und Roma oder Juden sind Schwarze keine anerkannte Minderheit in Europa.“ Deshalb gebe es keine gezielte Förderung und keine Strategien für die Belange schwarzer Europäer. Etwas, das die ISD gerne ändern möchte.

Doch die Selbstorganisation schwarzer Initiativen steckt noch in den Kinderschuhen. Der Aspekt der Selbstermächtigung

stand deshalb im Zentrum des Treffens. „Durch das Networking fühle ich mich sehr empowered“, befand Rudy Mengesha, die sich in ihrer Heimat Schweden im „Panafrikan Movement for Justice“ engagiert. In Schweden gebe es den Begriff „afrophobia“, um die Ablehnung von Menschen mit afrikanischem Hintergrund zu beschreiben, so Mengesha. Diese wirke sich auf alle Lebensbereiche aus, von der Bildung über die Wohnungs- bis zur Arbeitssuche. Schwarze Initiativen fordern deshalb unabhängige Stellen, bei denen sich Betroffene über polizeiliches Fehlverhalten beschweren können, und mehr Vielfalt in den Behörden. Auch die Gesetze gegen Diskriminierung könnten in vielen Ländern konkreter formuliert werden, finden sie.

An manchen Stellen gingen die Erfahrungen aber auch stark auseinander. „In Ländern wie Spanien oder Italien hat die Flüchtlingsproblematik eine ganz andere Dimension als in Mitteleuropa“, betonte die Berlinerin Miriam Ajayi. Sie unterstützt die Forderung von Flüchtlingsinitiativen, die Asylregeln der EU ganz abzuschaffen und stattdessen mehr Arbeitserlaubnisse zu erteilen. „Wir wollen nicht um Dinge bitten, sondern das einfordern, was uns zusteht“, erklärte sie selbstbewusst.

Politisches Gewicht haben die schwarzen Minderheiten europaweit bisher aber kaum, dafür sind sie allein zahlenmäßig zu klein. Deshalb ging es bei dem Treffen auch vorrangig darum, erst einmal die Community-Arbeit auszubauen und Strukturen zu etablieren, um mehr Druck aufbauen und Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

Rein oder raus?

EUROKOLUMNE

VON JENS BERGER

Vom Überleben in der Krise

Eigentlich ist es ja ungerecht, Markus Lanz für seine hochnotpeinliche Befragung der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht zu kritisieren. Letztlich hat der kleine Markus doch nur nachgemacht, was er in den großen Zeitungen und von der großen Politik aufgeschnappt hat: Kritiker der europäischen Politik werden als Antieuropäer gebrandmarkt, und wer es wagt, an der herrschenden Eurorettungspolitik zu zweifeln, will raus aus dem Euro. Vom vergifteten Diskussionsklima mit seinen Denkverboten profitieren am Ende jedoch nur die Rechtspopulisten.

Kann man ernsthaft für ein Europa sein, das seit fünf Jahren nicht die Folgen der Finanzkrise in den Griff bekommt? Für ein Europa, das die Jugend in einigen seiner Länder in der Massenarbeitslosigkeit verharren lässt? Ist ein Europa, in dem nicht die Menschen, sondern die Konzerne die Politik bestimmen, wirklich wünschenswert? Wer all diese Fragen für populistisch oder gar ketzerisch hält, ist damit nicht nur ausreichend qualifiziert, um beim ZDF einen Boulevardtalk zu übernehmen, sondern auch nach herrschender Vorstellung ein guter Europäer. Gute Europäer stellen keine Fragen, vor allem keine kritischen. Im Umkehrschluss dürfen sich die Fragenden das Label „Europagegner“ auf die Stirn kleben.

Noch vergifteter ist das Diskussionsklima nur beim Thema

Gemeinschaftswährung. Zwar konnte die Europäische Zentralbank den Flächenbrand einstweilen eindämmen, dennoch wird nicht einmal ein Jungunionist mit der rosarotesten aller rosaroten Brillen bezweifeln, dass die grundlegenden Probleme nur aufgeschoben wurden. Ohne die künstliche Finanzmarktbeatmung der EZB würden die Zinsen für europäische Staatsanleihen wieder zu alten Höchstwerten zurückkehren – nur dass die Gesamtverschuldung heute noch höher als zu Beginn der Eurokrise ist. Und von den Handelsungleichgewichten, die zu den realwirtschaftlichen Auslösern der Eurokrise zählen, will ich hier gar nicht reden. Soll man davor die Augen schließen und das Denken durch den Glauben ersetzen? Dann wäre der Euro ein Glaubensbekenntnis: Ich glaube an die jungfräuliche Geburt, die heilige Dreifaltigkeit und die grundsätzliche Gemeinschaftswährung. Wer daran Zweifel hegt, ist ein Ketzer und gehört auf den Scheiterhaufen. Rein oder raus? Ich frage sie noch mal: Rein oder raus?

Einer der größten Fehler der Eliten war es stets, den gesunden Menschenverstand des Volkes zu unterschätzen. Der deutsche Minirentner ahnt genauso wie der arbeitslose spanische Jungakademiker, dass etwas faul im Staateuropa ist. Ein Europa, das den Menschen keine Hoffnung mehr geben kann, taugt nicht als ideo-

logischer Kitt – schon gar nicht, wenn es auf ein bloßes Glaubensbekenntnis reduziert wird.

Wenn jeder Kritiker, Zweifler und Ketzer nun in die rechte Ecke geschoben wird, so kann dies dreierlei Reaktionen auslösen: Der kritische Geist kann diese Drohung ernst nehmen und ins Lager der Gläubigen zurückkehren, da er nicht im ewigen Fegefeuer des Rechtspopulismus schmoren will. Er kann die Drohung aber auch an sich abperlen lassen und weiterhin Kritik üben, ohne sich in irgendeine Schublade stecken zu lassen. Die Drohung könnte jedoch auch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden – wenn meine Gedanken rechtspopulistisch sind, dann muss ich wohl auch eine rechtspopulistische Partei wählen, da diese ja ganz offensichtlich meine Interessen vertritt.

So ist zu vermuten, dass die Rechtspopulisten die eigentlichen Profiteure der nie ernsthaft geführten Debatten sind. Dann soll sich aber auch bitte niemand wundern, wenn diese Parteien bei den anstehenden Europawahlen die Gewinner sein werden. Wer kritisches Denken unterbinden will, stärkt damit meist diejenigen, die ohnehin ein gestörtes Verhältnis zum Nachdenken haben. Und dann könnte die Frage „rein oder raus?“ eine ganz neue Qualität bekommen. Wollen wir das wirklich?

Jens Berger

■ ist freier Journalist und Blogger. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs „Spiegelfechter“ schreibt er zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen. Sein erstes Buch „Stress-test Deutschland“ ist im Westend Verlag erschienen. Er lebt in Goslar.

■ An dieser Stelle wechseln sich wöchentlich unter anderem ab: Niko Paech, Ulrike Herrmann, Ulrike Guérot und Rudolf Hickel.



Foto: privat

Ich teile mir die taz mit 13.000 anderen.
Mehr als 13.000 Genossinnen und Genossen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Wer einen Anteil von 500 €* zeichnet, kann GenossIn werden.
geno@taz.de
T (030) 25 90 22 13
*auch in 20 Raten zahlbar

www.taz.de/genossenschaft